



Europäische Wettbewerbsfähigkeit

Potenziale nutzen, um nachhaltig zu wachsen

Hubertus Bardt / Sandra Parthie / Christian Rusche

Köln, 25.03.2022

IW-Report 12/2022

Wirtschaftliche Untersuchungen,
Berichte und Sachverhalte



Herausgeber

Institut der deutschen Wirtschaft Köln e. V.

Postfach 10 19 42

50459 Köln

Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) ist ein privates Wirtschaftsforschungsinstitut, das sich für eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung einsetzt. Unsere Aufgabe ist es, das Verständnis wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Zusammenhänge zu verbessern.

Das IW in den sozialen Medien

Twitter

@iw_koeln

LinkedIn

@Institut der deutschen Wirtschaft

Facebook

@IWKoeln

Instagram

@IW_Koeln

Autoren

Prof. Dr. Hubertus Bardt

Geschäftsführer und Leiter Wissenschaft

bardt@iwkoeln.de

0221 – 4981-750

Sandra Parthie

Leiterin des Brüsseler Büros

parthie@iwkoeln.de

+32 2 5138456

Christian Rusche

Senior Economist für Wettbewerb

rusche@iwkoeln.de

0221 – 4981-412

Alle Studien finden Sie unter

www.iwkoeln.de

Stand:

März 2022

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	3
1 Einleitung	4
2 Ausgangslage	4
2.1 Wirtschaftsleistung.....	4
2.2 Konsumausgaben	6
3 Standortqualität, Investitionen und Patente	7
3.1 Industrielle Standortqualität im weltweiten Vergleich	7
3.2 Investitionen und Patente	12
3.3 Zwischenfazit	15
4 Binnenmarkt vervollständigen.....	16
5 Fazit	21
Abstract.....	22
Tabellenverzeichnis.....	23
Abbildungsverzeichnis.....	23
Literaturverzeichnis	23

JEL-Klassifikation

E20 – General: Consumption, Saving, Production, Investment, Labor Markets, and Informal Economy

F01 – International Economics Global Outlook

O57 – Comparative Studies of Countries

Zusammenfassung

Die Position der EU als globale wirtschaftliche Großmacht ist zunehmend gefährdet. Dies ist zum einen Folge der Krisen, denen sich vor allem die EU in den letzten zwei Dekaden gegenüber sah. Insbesondere zu nennen sind die weltweite Finanzkrise (2007-2009), die Eurokrise (2010-2012), die Flüchtlingskrise (2015-2016), der Brexit (2016-2020), die Corona-Pandemie seit 2020 und der Krieg in der Ukraine ab 2022. Zum anderen haben sich jedoch auch die globalen Wettbewerber, vor allem die USA und China, bei einer Reihe relevanter Wettbewerbsfaktoren von der EU absetzen können. Der Anteil der EU am weltweiten Bruttoinlandsprodukt ist in den letzten Jahren gesunken, weil andere Staaten schneller gewachsen sind. Die USA verzeichnen selbst mit ihrer geringeren Bevölkerung als die EU einen größeren Anteil an der weltweiten Wirtschaftsleistung. Die Volksrepublik China befindet sich seit 1999 in einem stetigen Aufholprozess bei der Wirtschaftsleistung pro Kopf. Sie startete bei rund acht Prozent des US-amerikanischen Niveaus und lag im Jahr 2020 bei rund 27 Prozent.

Diese Beobachtungen werden komplementiert durch die vergleichende Betrachtung der Konsumausgaben der privaten Haushalte, die in den USA und China deutlich stärker gewachsen sind als in der EU. In der EU wird deutlich weniger investiert als in den anderen betrachteten Weltregionen. Das wirft die Frage nach der Standortqualität der EU auf und wie sie sich im internationalen Wettbewerb um Investitionen besser aufstellen kann. Die relevanten Indikatoren bei der Bewertung der Wettbewerbsfähigkeit der EU sind die Qualität staatlicher Strukturen und Infrastrukturen, das verfügbare Wissen, der Zugang zu natürlichen und finanziellen Ressourcen, die Kostenstrukturen und Größe sowie Kaufkraft des Marktes. Der Analysefokus bei der Standortqualität liegt dabei auf der Industrie, der eine besondere Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung in Europa und die Investitionsdynamik der europäischen Volkswirtschaften zukommt. Der IW-Standortindex, der die industrielle Standortqualität für 45 Industrie- und Schwellenländer betrachtet, zeigt deutlich, dass die USA insgesamt der attraktivere Investitionsstandort im Vergleich mit Europa sind. Überdurchschnittlich groß ist der Abstand bei der Verfügbarkeit von natürlichen und finanziellen Ressourcen. Der Zugang zu günstigen Rohstoffen wie Energiequellen ist ein wichtiger, schwer einzuholender Standortfaktor für die USA, aber der chronische Rückstand Europas bei der Unternehmensfinanzierung und bei Fachkräften könnte behoben werden.

Ein ähnliches Bild zeichnet auch der „International Digital Economy and Society Index (I-DESI) der Europäischen Kommission. Bei den fünf untersuchten Faktoren, Konnektivität, digitale Fähigkeiten, Internetnutzung, digitale Technologie und öffentliche digitale Dienstleistungen schneidet die EU im Durchschnitt deutlich schlechter ab, als die USA und liegt nur noch knapp vor China.

Um den Anschluss an die Weltspitze im industriellen Bereich, aber auch bei der Beherrschung wichtiger digitaler Schlüsseltechnologien zu halten, müssen bestehende Potenziale gehoben werden. So kommt eine Studie des wissenschaftlichen Dienstes des Europäischen Parlaments zum Schluss, dass mit Hilfe der Europäischen Union noch mehr als 2,2 Billionen Euro Potenzial bei der Wirtschaftsleistung gehoben werden kann. In Anbetracht der unterdurchschnittlichen Entwicklung der Wirtschaftsleistung der EU27-Staaten im Vergleich zu den USA und der Welt darf nicht auf die Nutzung dieses Potenzials und den Ausbau des digitalen Binnenmarkts im Besonderen, verzichtet werden. Der Zugang zu natürlichen Rohstoffen bleibt ein fundamentaler Nachteil der EU und gestaltet sich, auch vor dem Hintergrund des Ukraine-Krieges, zunehmend schwierig. Hier müssen die EU und ihre Mitgliedsstaaten prioritär aktiv werden, strategische, einseitige Interdependenzen verringern und Diversifizierungsmöglichkeiten für Unternehmen unterstützen.

1 Einleitung

Die Europäische Union (EU) hat sich zu einer wirtschaftlichen Großmacht entwickelt, was zu weiten Teilen auf ihren Binnenmarkt zurückzuführen ist. Der Zugang zu diesem kaufkräftigen Markt verleiht der Europäischen Union eine günstige Verhandlungsposition mit Drittstaaten in aller Welt. Doch diese Position der EU als wirtschaftliche Großmacht ist zunehmend gefährdet. Dies ist eine Folge der Krisen, denen sich vor allem die EU in den letzten zwei Dekaden gegenüber sah. Insbesondere zu nennen sind die weltweite Finanzkrise (2007-2009), die Eurokrise (2010-2012), die Flüchtlingskrise (2015-2016), der Brexit (2016-2020), die Corona-Pandemie seit 2020 und der Krieg in der Ukraine ab 2022. Diese ökonomischen und politischen Schocks, die teils symmetrisch, teils auch asymmetrisch die Volkswirtschaften in der EU trafen, haben auch die Wettbewerbsfähigkeit der EU bzw. der Unternehmen in Europa beeinflusst. Vor dem Hintergrund des Klimawandels und der daraus resultierenden Notwendigkeit einer nachhaltigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung findet derzeit ein struktureller Wandel der europäischen Wirtschaft hin zu mehr Nachhaltigkeit und Klimaneutralität statt. Der Weg zu einer klimaneutralen Gesellschaft und Wirtschaft bis 2050 bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung des Wohlstands der Bevölkerung und damit der globalen Wettbewerbsfähigkeit der EU ist jedoch nicht leicht zu definieren. Die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen und der EU als Ganzes muss sich im sogenannten Systemwettbewerb mit den USA und China messen lassen. Nur wenn die EU weiterhin gute Standortbedingungen aufweisen kann, ist sie auch attraktiv für Investitionen und Fachkräfte, die wiederum Innovationen anregen und voranbringen können.

Dieser Report analysiert in Abschnitt 2 die ökonomische Situation der EU anhand der Wirtschaftsleistung und der Konsumausgaben und fragt, ob die Union tatsächlich im Begriff ist, ihre wirtschaftliche Großmachtstellung, vor allem im Vergleich mit den USA und China zu verlieren. Abschnitt 3 führt diese Analyse fort, konzentriert sich auf die Standortbedingungen und untersucht, wie diese verbessert werden müssen, um dem negativen Trend entgegenzuwirken. Dabei spielt insbesondere der EU-Binnenmarkt eine wichtige Rolle, wie in Abschnitt 4 aufgezeigt wird. Bevor Kapitel 5 den Report mit einem Fazit abschließt, werden die Auswirkungen des Ukraine-Krieges für die Wettbewerbsfähigkeit der EU kurz thematisiert.

2 Ausgangslage

Für die Analyse der Situation der EU im weltweiten Wettbewerb wird zunächst die Wirtschaftsleistung betrachtet (Abschnitt 2.1). Diese approximiert den Wert der verfügbaren Waren und Dienstleistungen für den Endverbrauch. Wie die Konsumausgaben sich entwickelt haben, wird in Abschnitt 2.2 analysiert. Die Standortqualität aus Sicht der Unternehmen in den EU-Staaten im internationalen Vergleich wird in Abschnitt 2.3 ausführlich beleuchtet. Die Entwicklungen bei Patenten und Investitionen werden ebenfalls analysiert (Abschnitt 2.4), bevor das Kapitel mit einem Zwischenfazit schließt.

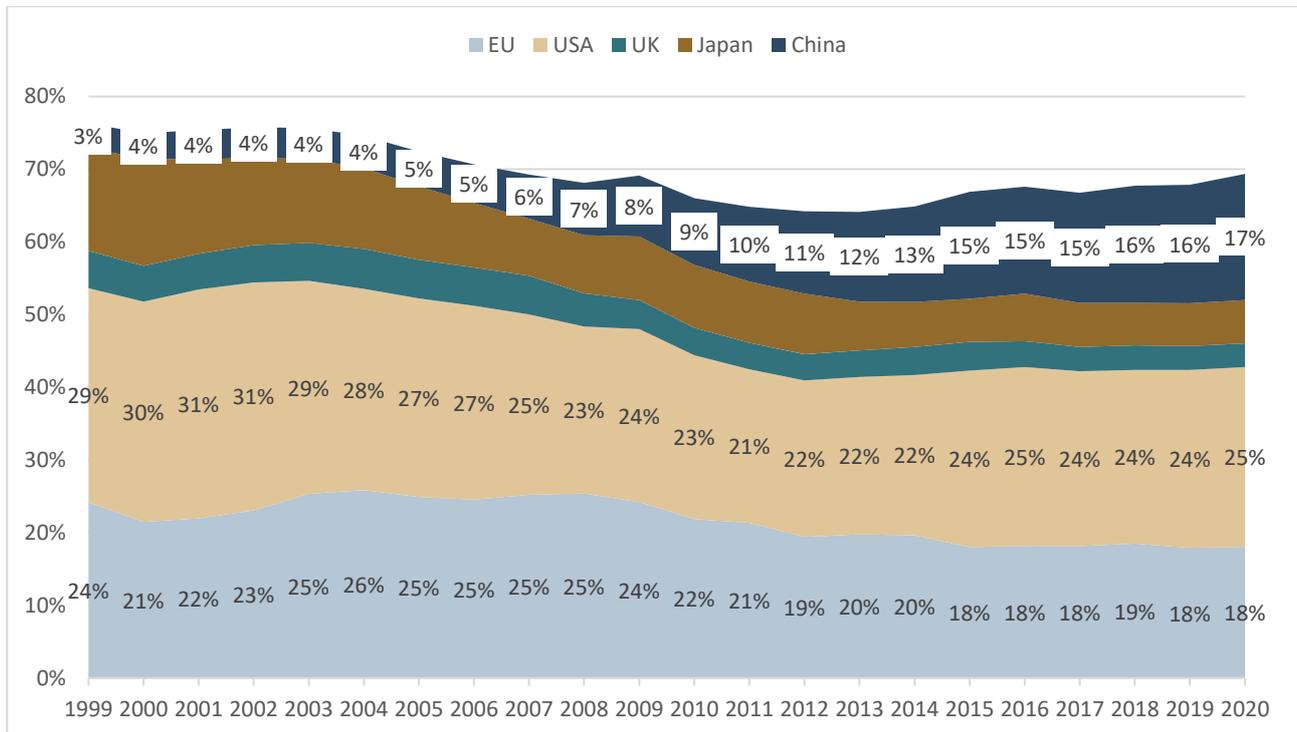
2.1 Wirtschaftsleistung

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP), also der Wert der hergestellten Waren und Dienstleistungen in einer geografischen Einheit, beispielsweise einem Staat, in einem festgelegten Zeitraum ist ein viel kritischerer Wirtschaftsindikator (Boarini et al., 2006). Da es jedoch seit Jahrzehnten weltweit erhoben wird, kann es durchaus als ein erster Vergleichsmaßstab herangezogen werden. Abbildung 2-1 stellt die Anteile der EU27-Staaten, der USA, des Vereinigten Königreichs, Japans und der Volksrepublik China am weltweiten BIP seit 1999 anhand der Daten der Weltbank (2022a) dar.

Von 2000 bis zur Finanzkrise 2008 stieg der Anteil der EU von rund 21 Prozent auf 25 Prozent, ging jedoch danach bis auf 18 Prozent im Jahr 2020 zurück. Damit ist die EU mittlerweile auf dem gleichen Niveau wie die Volksrepublik China angelangt. Seit 1999 ist der Anteil der Volksrepublik von rund drei Prozent auf mehr als 17 Prozent gestiegen. Den höchsten Anteil am weltweiten BIP verzeichnen die USA mit zuletzt rund 25 Prozent. Auf diesem Niveau lag der Anteil bereits seit 2015. Das BIP ist in allen betrachteten Staaten seit 1999 durchweg gestiegen. Der sinkende Anteil der EU ergibt sich dadurch, dass andere Staaten schneller gewachsen sind.

Abbildung 2-1: Anteil der EU27-Staaten, USA, Großbritanniens, Japans und Chinas am weltweiten Bruttoinlandsprodukt (BIP) 1999-2020

Anteil in Prozent des BIP in jeweiligen US-Dollars; Numerische Werte für die EU27, China und die USA



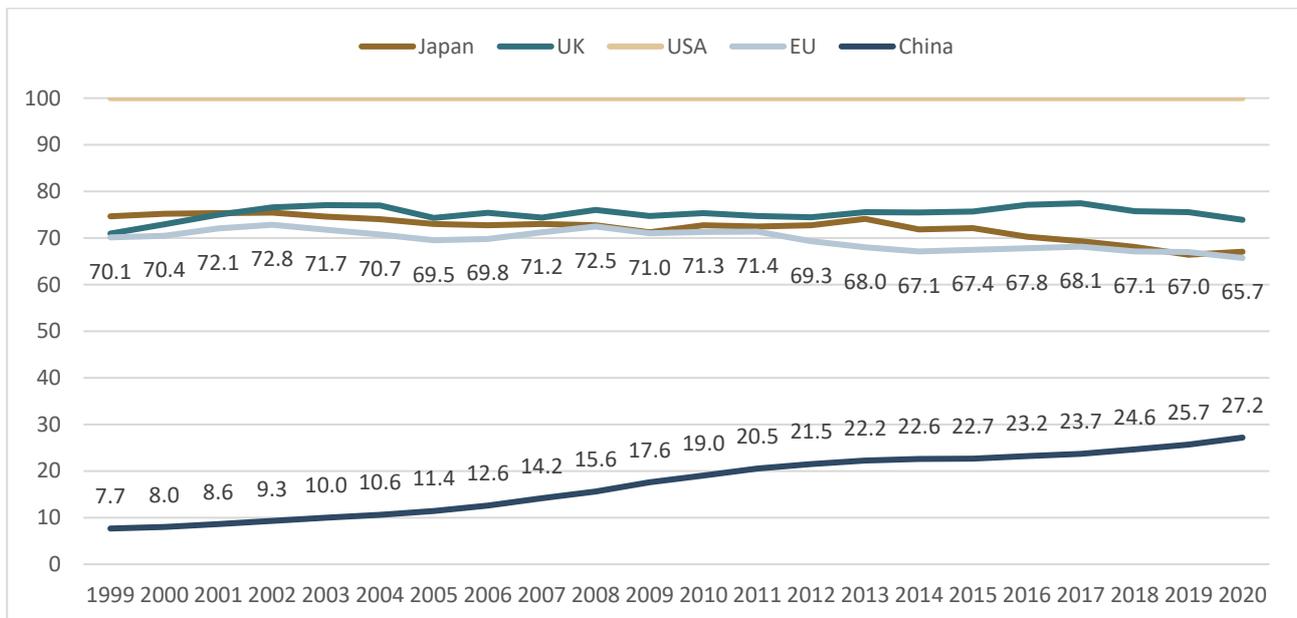
Quelle: Weltbank (2022a); eigene Berechnung

Bei der Analyse der Wirtschaftsleistung muss beachtet werden, dass die EU, die USA und China über eine ungleiche Bevölkerungsanzahl verfügen. Um die Effekte aus der unterschiedlichen Marktgröße zu korrigieren, wird in Abbildung 2-2 das BIP pro Einwohner dargestellt. Dabei wurde der Wert der USA auf 100 normiert. Die Werte der EU, Chinas, Japans und des Vereinigten Königreichs geben somit den Anteil am US-amerikanischen Wert wieder. Bei dieser Darstellung wird deutlich, dass die Wirtschaftsleistung pro Kopf in der EU seit 1999 im Bereich von rund 70 Prozent des US-amerikanischen Wertes liegt. In den vergangenen Jahren ist jedoch eine tendenzielle Verschlechterung auf zuletzt rund 66 Prozent zu beobachten. Japan und das Vereinigte Königreich liegen zwar höher als die EU, befinden sich jedoch ebenfalls im Bereich von rund 70 Prozent des US-Niveaus. Folglich konnten die USA den Abstand zu Japan, dem Vereinigten Königreich und der EU seit 1999 nahezu konstant halten. Pro Kopf weisen die USA im angegebenen Vergleich die mit Abstand höchste Wirtschaftsleistung auf. Die USA verzeichnen damit trotz geringerer Bevölkerung als die EU einen größeren Anteil an der weltweiten Wirtschaftsleistung (vgl. Abbildung 2-1).

Die Volksrepublik China befindet sich seit 1999 in einem stetigen Aufholprozess bei der Wirtschaftsleistung pro Kopf. Sie startete bei rund acht Prozent des US-amerikanischen Niveaus und lag im Jahr 2020 bei rund 27 Prozent. Damit ist sie zwar noch deutlich vom Niveau der EU und der weiteren Staaten entfernt, jedoch ist der Aufholprozess ungebrochen und hat sich im Pandemie-Jahr 2020 sogar beschleunigt. Auch wenn die Darstellung in Abbildung 2-1 eine Momentaufnahme ist, wird deutlich, dass die Position der EU als wirtschaftliche Großmacht, auch vor dem Hintergrund des Ausscheidens des Vereinigten Königreichs 2020, zu erodieren begonnen hat. Beim weltweiten Anteil an der Wirtschaftsleistung fällt die EU weiter hinter den USA zurück, während China gleichzeitig rasant aufholt. Dies gilt ebenfalls bei der Wirtschaftsleistung pro Kopf. Der Ukraine-Konflikt, der sich aufgrund der geografischen Nähe sowie der engen wirtschaftlichen Verflechtung mit Russland und der Ukraine besonders negativ auf die EU wirken wird, dürfte diese Entwicklung tendenziell verstärken.

Abbildung 2-2: BIP pro Kopf in der EU27, Japan, Großbritannien, den USA und China 1999-2020

Anteil am BIP pro Kopf der USA (=100); BIP in jeweiligen US-Dollars; Numerische Werte für die EU27 und China



Quelle: OECD (2022c); eigene Darstellung

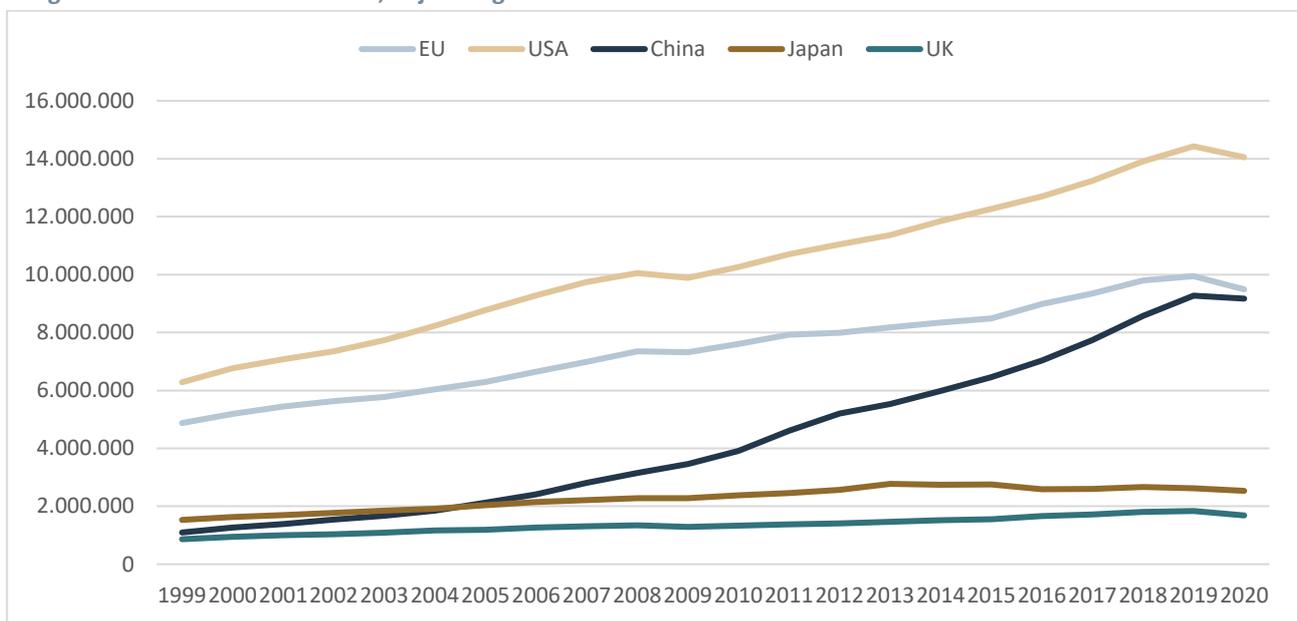
2.2 Konsumausgaben

Der letztliche Zweck der Produktion liegt in den Konsummöglichkeiten der Bevölkerung. Wie sich der Konsum in den betrachteten Staaten tatsächlich entwickelt hat, wird anhand der Konsumausgaben der privaten Haushalte in Abbildung 2-3 veranschaulicht. Die Konsumausgaben liegen typischerweise im Bereich von 60 Prozent des BIP und sind eine bedeutende Variable für die Analyse der inländischen Nachfrage (OECD, 2022a). Darin sind beispielsweise Ausgaben für Wohnen, Transport, Ernährung und langlebige Konsumgüter (z.B. Autos) enthalten.

Zu Beginn des betrachteten Zeitraums im Jahr 1999 wurden in der EU Konsumausgaben von rund 4,9 Billionen US-Dollar verzeichnet. In den USA waren es nahezu 6,3 Billionen US-Dollar und in China 1,1 Billionen. Im Jahr 2020 war der Wert in den USA auf mehr als 14 Billionen US-Dollar gestiegen, in der EU auf rund 9,5 Billionen und in China auf 9,2 Billionen US-Dollar. Die Ausgaben sind in den USA und in China deutlich stärker gewachsen als in der EU. Analog zur positiven Entwicklung bei der Wirtschaftsleistung stieg in China und den USA auch der Konsum. Die Zahlen spiegeln das geringere Wachstum in der EU im Vergleich zur Weltwirtschaft, welches zum Rückgang des Anteils am weltweiten BIP führte, auch in der vergleichsweise undynamischen Entwicklung des Konsums wider.

Abbildung 2-3: Konsumausgaben privater Haushalte in den EU27-Staaten, den USA, China, Japan und Großbritannien 1999-2020

Ausgaben in Millionen US-Dollars; in jeweiligen Preisen



Quelle: OECD (2022a); eigene Darstellung

3 Standortqualität, Investitionen und Patente

3.1 Industrielle Standortqualität im weltweiten Vergleich

Für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Standorte in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und damit der EU als Ganzes sind politische Weichenstellungen sowie wirtschaftliche und gesellschaftliche Veränderungsprozesse bedeutsam. Die Investitionen von Unternehmen richten sich nach zukünftigen Marktaussichten, aber auch nach konkreten Standortfaktoren. Ein wesentlicher Teil der Investitionen kann in unterschiedlichen Ländern getätigt werden. Bei Neuinvestitionen, insbesondere von gut transportierbaren Gütern, stehen zahlreiche Standorte im Wettbewerb zueinander. Investitionen zur Aufrechterhaltung, Erweiterung oder Weiterentwicklung bestehender Produktionsanlagen können nur dort getätigt werden, wo eine entsprechende Bestandsanlage und das die Produktion unterstützende Ökosystem aus industriellen Zulieferern, Dienstleistern und Forschungs- und Ausbildungsinstitutionen vorhanden sind. Aber auch dies ist an mehreren Standorten möglich, so dass sich diese Investitionen ebenfalls nach den Vor- und Nachteilen der Zielregionen orientieren.

Nur ein Teil der unternehmerischen Entscheidungen ist fest an bestehende Anlagen gebunden – und auch dass nur, wenn der Wert der Bestandsanlagen mögliche Standortnachteile anderer Art kompensiert. Jedes Projekt, jedes Unternehmen und jeder Industriezweig braucht spezifische Standorteigenschaften, um Investitionen optimal platzieren zu können. Das Verarbeitende Gewerbe entscheidet nach anderen Kriterien als Dienstleistungsunternehmen.

Da der Industrie eine besondere Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung in Europa und die Investitionsdynamik der europäischen Volkswirtschaften zukommt, wird im Folgenden auf die Standortbedingungen für Industrieunternehmen fokussiert. Dabei wird auf den etablierten „IW-Standortindex“ zurückgegriffen. Um ihn zu entwickeln, wurden basierend auf Umfragen und der gemessenen Unternehmensperformance diejenigen relevanten Standortfaktoren identifiziert, die für die Industrie besonders relevant sind. Er bildet folgende Faktoren ab: Staatliche Strukturen, Infrastrukturen, verfügbares Wissen, natürliche und finanzielle Ressourcen, Kostenstrukturen und Marktattraktivität. Zusammengefasst werden diese in einem einheitlichen und international eingesetzten Index für industrielle Standortqualität (Institut der deutschen Wirtschaft/IW Consult, 2013; Bähr/Millack, 2018; vbw, 2021). In den Index gehen 61 einzelne Indikatoren ein, die zu sechs Bereichen zusammengefasst werden. Der Index kann Werte zwischen 0 (schlechtester Wert) und 200 (bestmöglicher Wert) einnehmen. Der ungewichtete Durchschnitt der Länder liegt bei 100.

Der Index der industriellen Standortqualität liegt für 45 Industrie- und Schwellenländer vor. Dazu gehören 18 Länder der Europäischen Union. Diese werden hinsichtlich der einzelnen Subindizes und des Gesamtindex weiter betrachtet. Die 18 Länder umfassen 96 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der EU27, so dass die EU-Volkswirtschaft sehr gut abgebildet wird. Allein die vier größten Ökonomien mit einem Bruttoinlandsprodukt von jeweils über 1 Billion Euro, nämlich Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien summieren sich auf 63 Prozent des EU-BIPs. Damit kann ein gutes Bild der europäischen Standortqualität für Industrieunternehmen gezeichnet werden.

Gesamtindex

Europa steht im Wettbewerb mit zahlreichen Ländern, insbesondere jedoch mit den USA als marktwirtschaftlicher Wirtschaftsraum mit vergleichbarer Größe. Der Wettbewerb zwischen amerikanischen und europäischen Industrieunternehmen ist ausgeprägt. Um Prosperität sicherstellen zu können, darf Europa im Wettbewerb um Investitionen nicht zu weit hinter die Vereinigten Staaten zurückfallen. Sonst drohen wirtschaftlicher und politischer Bedeutungsverlust, verringerter Wohlstand und eine ausbleibende ökonomische und gesellschaftliche Innovationsdynamik.

Tabelle 3-1: Länder im IW-Standortindex

Gesamtbewertung auf einer Skala von 0 bis 200 mit Mittelwert = 100; Angaben für das Jahr 2019

Rang	Land	Indexwert
1	Schweiz	133,8
2	USA	133,4
3	Niederlande	131,2
4	Deutschland	129,7
5	Dänemark	129,3
6	Schweden	128,6
7	Australien	128,0
8	Japan	126,1
9	Kanada	124,2
10	Norwegen	123,7
11	Großbritannien	121,7
12	Neuseeland	118,4
13	Finnland	117,5
14	Österreich	117,3
15	Malaysia	115,4
16	Irland	115,2
17	Belgien	113,6
18	Israel	111,6
19	Frankreich	106,9
20	Südkorea	105,0
21	Tschechien	102,8
22	China	99,6
23	Spanien	99,4
24	Chile	99,4
25	Slowenien	99,2
26	Italien	94,5
27	Polen	93,3
28	Portugal	90,9
29	Thailand	88,0
30	Slowakei	87,1
31	Russische Föderation*	85,4*
32	Mexiko	84,3

Rang	Land	Indexwert
33	Indonesien	83,5
34	Ungarn	81,2
35	Rumänien	79,7
36	Kolumbien	78,6
37	Türkei	77,8
38	Vietnam	76,9
39	Südafrika	74,4
40	Indien	74,4
41	Philippinen	74,1
42	Peru	73,8
43	Brasilien	62,2
44	Argentinien	56,7
45	Ecuador	52,2

Angaben beziehen sich größtenteils auf das Jahr 2019.

Markiert sind die EU-Länder, die vier wirtschaftlich größten EU-Länder Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien sowie zum Vergleich die USA

*Aufgrund der Sanktionen mittlerweile deutlich verschlechtert

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft

Der IW-Standortindex zeigt deutlich, dass die USA insgesamt der attraktivere Investitionsstandort für die Industrie im Vergleich mit Europa sind (Tabelle 3-1). Sie liegen im Gesamtranking auf Platz 2, nur knapp hinter der Schweiz. Kein EU-Mitglied erreicht die industrielle Standortqualität der Vereinigten Staaten. Die Niederlande, Deutschland, Dänemark und Schweden liegen nur knapp hinter der US-Ökonomie auf den Plätzen 3 bis 6. Auf der anderen Seite liegen Rumänien und Ungarn auf den Plätzen 35 und 34; Bulgarien ist im Index nicht erfasst. Im ungewichteten Durchschnitt liegen die EU-Länder mit 106,5 Punkten nur wenig über dem Durchschnitt von 100 und weit hinter den USA mit einem Wert von 133,4 Punkten. Damit kann von einer gleich hohen Wettbewerbsfähigkeit der EU als Ganzes gegenüber den USA kaum gesprochen werden. Auch die vier größten Volkswirtschaften der Union kommen nur auf 107,6 Punkte. Zwar liegt Deutschland mit in der Spitzengruppe, Spanien und Italien schaffen es aber nicht über den 100 Punkte-Durchschnitt. Europa hat attraktive Standorte, insbesondere in den genannten vier Staaten mit hoher industrieller Standortqualität. Für die EU insgesamt sieht es deutlich kritischer aus.

Teilindizes

Die USA sind nicht nur in der Gesamtschau der industriellen Standortqualität deutlich besser positioniert als die Europäische Union, sondern auch in jedem einzelnen der Teilindizes (Tabelle 3-2). Staatliche Strukturen, Infrastrukturen, verfügbares Wissen, natürliche und finanzielle Ressourcen, Kostenstrukturen und Marktattraktivität weisen in Nordamerika teilweise deutlich bessere Werte auf als in der EU. In den meisten Kategorien ist der beste europäische Standort zwar attraktiver als der US-Konkurrent. Dies reicht aber nicht aus, um *insgesamt* eine konkurrenzfähige Situation zu erreichen. Wenn einzelne Standorte mit höherer Qualität herausragen, darf nicht übersehen werden, dass auch in den für die USA gemessenen Werte bessere und schlechtere Standorte gemeinsam betrachtet werden. Die Wahrscheinlichkeit ist groß, dass für viele Anforderungen die attraktivsten Investitionsdestinationen in den USA und nicht in der Europäischen Union sind.

Überdurchschnittlich groß ist der Abstand bei der Verfügbarkeit von natürlichen und finanziellen Ressourcen. Der Zugang zu günstigen Rohstoffen wie Energiequellen ist ein wichtiger, schwer einzuholender Standortfaktor für die USA, aber der chronische Rückstand Europas bei der Unternehmensfinanzierung könnte behoben werden. Hier liegt Europa deutlich unter dem internationalen Mittelwert, die vier großen Volkswirtschaften stehen sogar noch schlechter da. Auch beim Faktor Wissensverfügbarkeit und Staatsqualität schneiden die USA deutlich besser ab, als der Durchschnitt der EU-Länder. In beiden Fällen gibt es eine Gruppe wettbewerbsfähiger europäischer Länder, insbesondere die Niederlande, Dänemark, Deutschland und Schweden. Auf der anderen Seite stehen insbesondere süd- und mittel-/ osteuropäische Staaten. Auffallend ist auch, dass beim klassischen Standortnachteil entwickelter Volkswirtschaften, den Kosten, sowohl Europa als auch die USA leicht unter dem rechnerischen Durchschnitt von 100 Punkten liegen – die USA stehen dabei sogar leicht besser da als die EU insgesamt.

Tabelle 3-2: EU im IW-Standortindex

Gesamtbewertung und Teilindizes auf einer Skala von 0 bis 200 mit Mittelwert = 100; Angaben für das Jahr 2019

	Gesamt	Staat	Infrastruktur	Wissen	Ressourcen	Kosten	Markt
EU-Durchschnitt	106,5	112,4	115,0	112,0	97,3	95,3	102,4
bester EU-Standort	131,2 (NL)	150,5 (NL)	158,4 (NL)	145,3 (DK)	115,4 (DK)	138,3 (RO)	136,7 (DE)
schlechtester EU-Standort	79,7 (RO)	65,5 (HU)	65,8 (SK)	85,1 (PT)	76,8 (PT)	65,0 (BE)	62,5 (RO)
Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien	107,6	113,7	131,5	101,2	92,4	78,1	118,1
USA	133,4	144,1	146,1	132,9	135,3	99,8	120,4

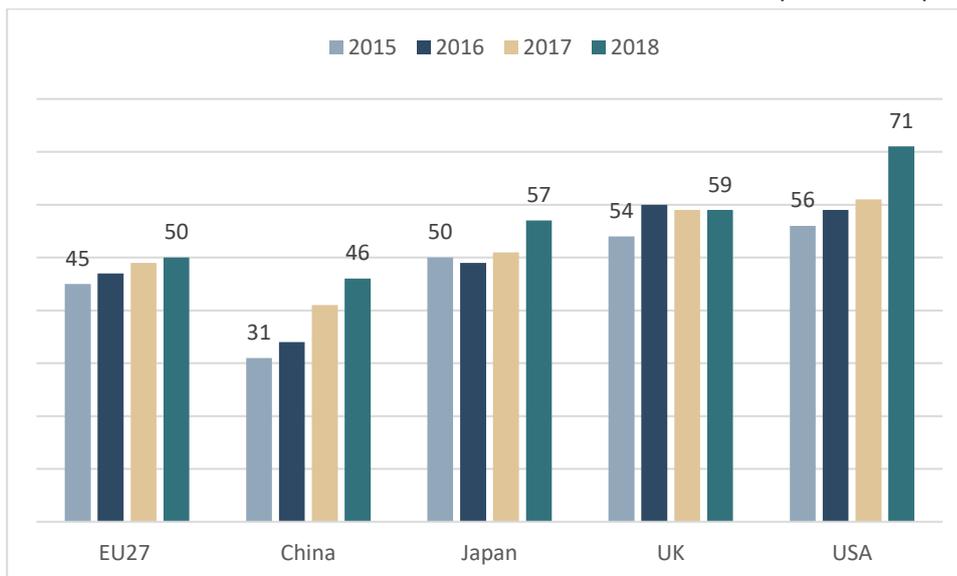
Angaben beziehen sich größtenteils auf das Jahr 2019.

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft

Ein ähnliches Bild zeichnet auch der „International Digital Economy and Society Index (I-DESI) der EU-Kommission. Bei den fünf untersuchten Faktoren, Konnektivität, digitale Fähigkeiten, Internetnutzung, digitale Technologie und öffentliche digitale Dienstleistungen schneidet die EU im Durchschnitt deutlich schlechter ab, als die USA und liegt nur noch knapp vor China (Foley et al., 2020; Abbildung 3-1). Während für die EU27-Staaten der DESI-Wert im Jahr 2015 mit 45 lediglich 11 Punkte schlechter ausfiel als für die USA, betrug die Differenz 2018 21 Indexpunkte. Die EU konnte den Wert im Zeitraum von 2015 bis 2018 um fünf Indexpunkte steigern. Mit dem Anstieg der USA um 15 Indexpunkte konnte diese Entwicklung jedoch nicht mithalten. China konnte im Index von 2015 bis 2018 ebenfalls um 15 Punkte zulegen, wodurch der Aufstieg Chinas gegenüber der EU deutlich wird. Somit konnten die USA den Abstand zu China konstant halten, während die EU sich weiter von der Spitzenposition entfernt hat. Im Vergleich zu Japan hat die EU27 ebenfalls an Boden verloren, während gegenüber dem Vereinigten Königreich der Abstand 2018 im Vergleich zu 2015 zumindest konstant geblieben ist. Insgesamt liegen diese beiden Staaten im DESI-Ranking jedoch noch vor der EU als Ganzes.

Abbildung 3-1: Normalisierter Gesamtscore im International Digital Economy and Society Index (I-DESI) 2015 bis 2018 für die EU27, China, Japan, die USA und das Vereinigte Königreich

Der Index ist im Intervall von 0 bis 100 definiert, wobei 100 die optimale Ausprägung angibt



Quelle: Foley et al. (2020, 52); eigene Darstellung

3.2 Investitionen und Patente

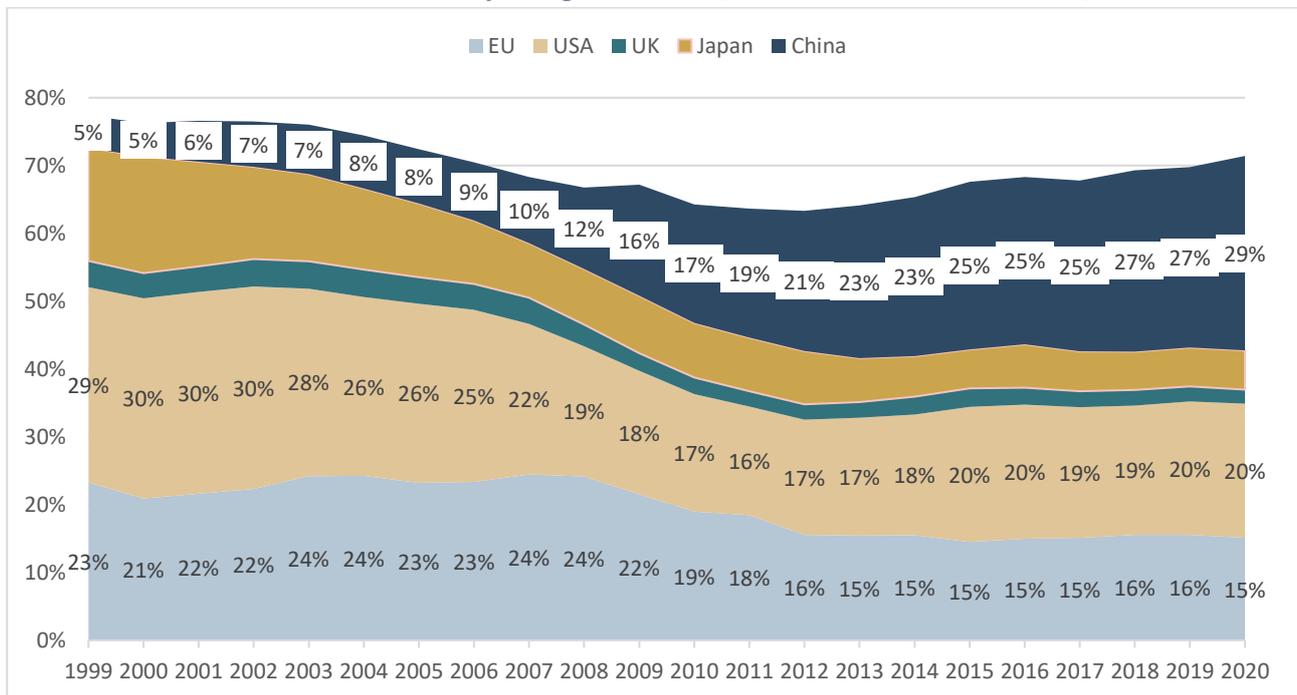
Investitionen

Die Qualität eines Standorts sowie die Einschätzung der Entwicklung der wirtschaftlichen Prosperität in einem Markt sind, wie in Abschnitt 3.1 erwähnt, wichtige Faktoren bei der Entscheidung, wo Investitionen getätigt werden sollen. In diesem Abschnitt werden die Bruttoinvestitionen in der EU, den USA, Japan, China und dem Vereinigten Königreich (Abbildung 3-2; OECD, 2022d) betrachtet. Sie umfassen die Investitionen in materielle und immaterielle Anlagegüter sowie Lagerbestandsänderungen bei Vorprodukten, Endprodukten und ähnlichen Gütern. Abbildung 3-2 stellt den Anteil der betrachteten Länder an den weltweiten Bruttoinvestitionen dar.

Im Jahr 1999 wurden lediglich fünf Prozent der weltweiten Bruttoinvestitionen in China getätigt. Rund 29 Prozent entfielen auf die USA und circa 23 Prozent auf die EU27-Staaten. Bis 2020 stieg der Anteil Chinas kontinuierlich bis auf rund 29 Prozent an, während die Anteile der USA und der EU um neun beziehungsweise acht Prozentpunkte sanken. Mittlerweile werden also die meisten Investitionen in China getätigt. Obwohl die EU27 Staaten bevölkerungsmäßig größer sind als die USA, finden rund 33 Prozent mehr Investitionen in den USA statt. Von 1999 bis 2020 ist der Anteil der Vereinigten Königreichs von rund vier Prozent auf nahezu zwei Prozent zurückgegangen. In Japan sanken die Investitionen von nahezu 17 Prozent auf rund sechs Prozent.

Abbildung 3-2: Anteil der EU27-Staaten, der USA, UK, Japan und China an den weltweiten Bruttoinvestitionen 1999-2020

Anteil in Prozent der Bruttoinvestitionen in jeweiligen US-Dollars; Numerische Werte für die EU27, China und die USA

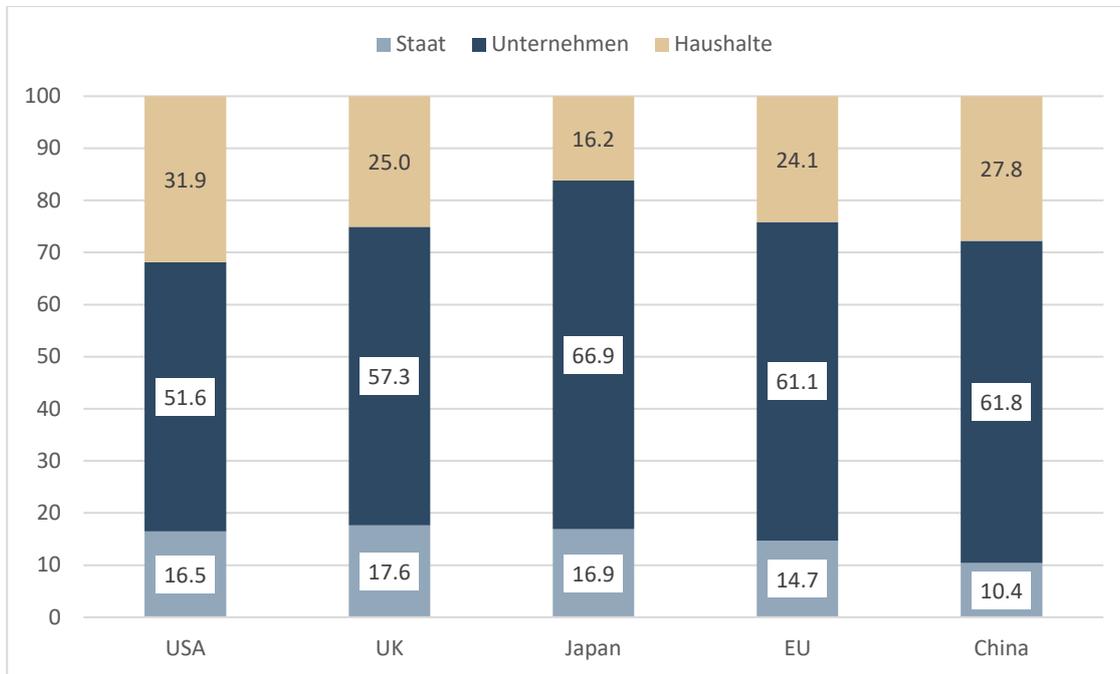


Quelle: OECD (2022d); eigene Berechnung

Interessant ist eine Aufschlüsselung der Bruttoanlageninvestitionen nach öffentlichen und privaten Anteilen im Vergleich von EU, China und USA (Abbildung 3-3). Bruttoanlageninvestitionen beinhalten Investitionen in diejenigen Anlagen (z.B. Maschinen, Immobilien, Software usw.), die von inländischen Akteuren erworben wurden, um sie länger als ein Jahr im Produktionsprozess einzusetzen (Destatis, 2022). Zwar sind in allen Regionen die Unternehmen bei den Bruttoanlageinvestitionen deutlich führend, überraschen mag jedoch, dass die Investitionen der öffentlichen Hand in China prozentual unter denen in der EU und den USA liegen. Dies ist zum Teil darauf zurückzuführen, dass staatseigene Unternehmen, die insbesondere in China anzutreffen sind, nicht notwendigerweise dem Staatssektor zugeschlagen werden (vgl. Europäische Kommission et al., 2009, 79). Die Dominanz von Investitionen durch Unternehmen macht deutlich, dass es keineswegs nur der Staat oder die öffentliche Hand ist, die für den Kapitalstock verantwortlich zeichnet, sondern dass private Akteure von hoher Bedeutung für die Prosperität einer Volkswirtschaft sind.

Abbildung 3-3: Anteil in Prozent der Bruttoanlageninvestitionen des Staates, der Unternehmen und der Haushalte in der EU27, USA, UK, Japan und China* 2020

Anteil in Prozent, Werte für 2020, für China 2019



*Werte von 2019

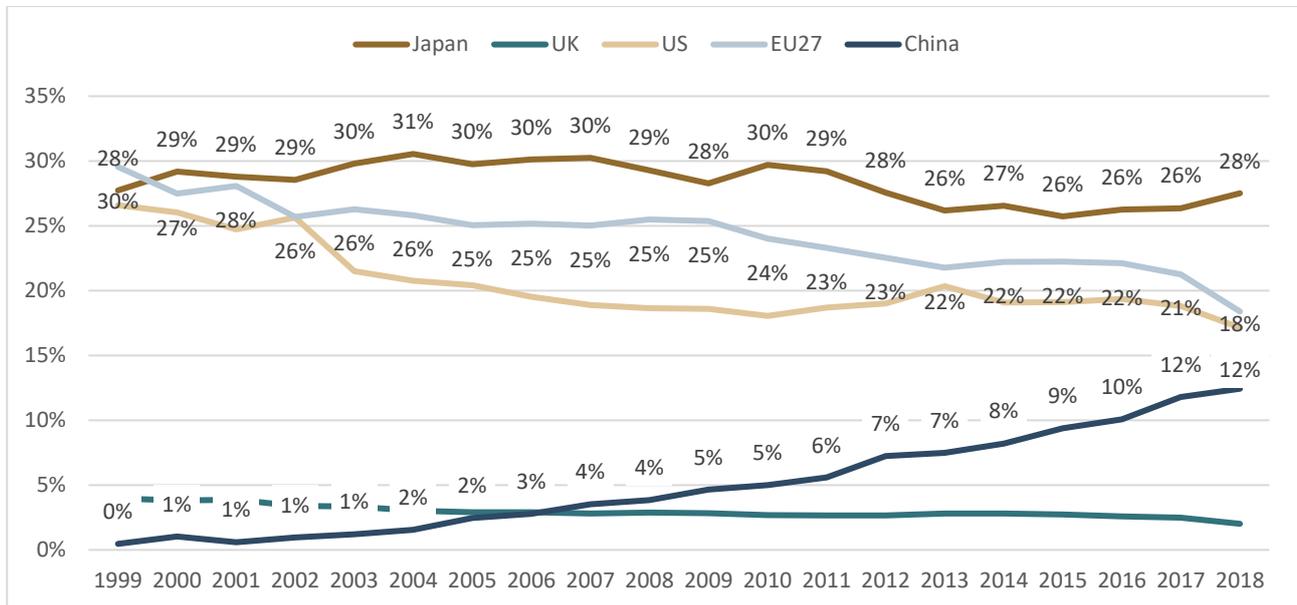
Quelle: OECD (2022), eigene Darstellung

Patente

Innovationen stellen einen weiteren wichtigen Aspekt der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit eines Landes dar. Seit Josef Alois Schumpeters (1911) „Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung“ gelten sie als Hauptantriebskraft des wirtschaftlichen Wachstums. Zum Schutz technologischer Innovationen werden typischerweise Patente genutzt (Arrow, 1962). Daher wird die Betrachtung in diesem Report auch um eine Analyse der erteilten Patente in der EU, dem Vereinigten Königreich, den USA, Japans und Chinas ergänzt (Abbildung 3-4; OECD, 2022b). Abbildung 3-4 stellt die erteilten Patente nach Herkunftsland des Patentinhabers dar. Es wird deutlich, dass die EU im Jahr 1999 mit rund 30 Prozent der erteilten Patente führend war. Japan folgte mit 28 Prozent knapp dahinter. Diesen Wert konnte Japan relativ konstant bis 2018 halten, womit das Land seit dem Jahr 2000 führend bei der Anzahl und beim Anteil erteilter Patente ist. Der Anteil der EU ist bis 2018 hingegen nahezu kontinuierlich auf lediglich 18,4 Prozent gesunken und liegt nun nur noch knapp vor den USA mit rund 18 Prozent. China spielte um die Jahrtausendwende bei den weltweiten Patenten keine Rolle. Bis 2018 hat sich der Anteil auf rund zwölf Prozent erhöht. Der Anteil des Vereinigten Königreichs halbierte sich im genannten Zeitraum auf rund zwei Prozent im Jahr 2018.

Abbildung 3-4: Anteil von Patentinhabern aus Japan, Großbritannien, den USA, China und den EU27-Staaten an allen IP5 Patenten* 1999-2018

Anteil in Prozent; Numerische Werte für die EU27, China und Japan



*IP5 Patente sind durch mindestens zwei Patentämter weltweit geschützt, wobei eines zu den fünf folgenden Patentämtern (IP5) gehört: European Patent Office (EPO), JPO, USPTO, the Korean Intellectual Property Office (KIPO) and the People's Republic of China National Intellectual Property Administration (CNIPA)

Quelle: OECD (2022b); eigene Darstellung

3.3 Zwischenfazit

Der Anteil der EU27-Staaten an der weltweiten Wirtschaftsleistung ist seit 1999 um rund 25 Prozent gesunken. Der Rückstand bei der Wirtschaftsleistung pro Kopf gegenüber den USA ist sogar gestiegen. Auch bei den Konsumausgaben der privaten Haushalte ist der Rückstand gegenüber den USA gewachsen, während China – analog zum Anteil an der weltweiten Wirtschaftsleistung – zur EU aufgeschlossen hat.

Bei der Standortqualität wurde deutlich, dass zwar einzelne Standorte in der EU mit den führenden Staaten Schweiz und USA mithalten können. Die EU als Ganzes kann dies jedoch nicht. Somit besteht innerhalb der EU weiterhin eine starke Heterogenität. Die Beurteilung bei der Standortqualität spiegelt sich auch in den Bruttoinvestitionen wider. Die USA hielten ihren Vorsprung von rund fünf Prozentpunkten gegenüber der EU seit 1999 nahezu konstant. Gleichzeitig hat China, trotz des 22. Platzes beim Standortranking, die Position des führenden Staates bei den Bruttoinvestitionen eingenommen. Dies kann mit dem wirtschaftlichen Aufholprozess erklärt werden, der hohe Investitionsbedarfe hat. Andererseits erfordern Abschreibungen und Abgänge in entwickelten Volkswirtschaften ebenfalls hohe Investitionen, um beispielsweise den Kapitalstock zumindest konstant zu halten. Dennoch bleibt festzuhalten, dass China weltweit die meisten Investitionen anzieht. Die Bedeutung der EU bei den erteilten Patenten ist seit 1999 rückläufig. War sie 1999 noch führend, ist der zweite Platz hinter Japan mittlerweile gefährdet. China holt als Konkurrent rasant auf, während der Rückgang des weltweiten Anteils der USA im Vergleich zur EU geringer ausgefallen ist, wodurch auch die USA näher an die EU herangerückt sind.

4 Binnenmarkt vervollständigen

Es fragt sich nun, wie die Wirtschaftsleistung in der EU im Vergleich zu ihren Wettbewerbern USA und China wieder gesteigert werden und der Anschluss an die Weltspitze gehalten werden kann. Laut einer Studie des Wissenschaftlichen Dienstes des Europäischen Parlaments (European Parliamentary Research Service, 2019) könnte durch die Vervollständigung allein des Binnenmarkts ein zusätzliches Potenzial von 713 Milliarden Euro von 2019 bis 2029 gehoben werden.¹ Durch eine Vertiefung der europäischen Integration könnte insgesamt sogar eine zusätzliche Wirtschaftsleistung von 2,2 Billionen Euro erreicht werden, was ungefähr 14 Prozent des BIP der EU28-Staaten des Jahres 2017 entspricht. In Anbetracht der aufgezeigten unterdurchschnittlichen Entwicklung der Wirtschaftsleistung der EU27-Staaten im Vergleich zu den USA und der Welt (Abbildung 2-1) darf nicht auf die Nutzung dieses Potenzials verzichtet werden. Dass beim Ausbau des Binnenmarkts weiterhin Verbesserungsbedarf besteht, zeigen Unternehmensumfragen. 2018 antworteten 70 Prozent der teilnehmenden Unternehmen mit Nein auf die Frage, ob der Binnenmarkt ausreichend integriert ist (Europäische Kommission, 2020, 1). Dabei sind von einem unvollständigen Binnenmarkt vor allem kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sowie Selbstständige betroffen (ebenda). Die Europäische Kommission (2020) listet in einer Mitteilung die 13 am meisten genannten Hemmnisse für den Binnenmarkt aus Sicht von Unternehmen und Verbrauchern auf. Im Einzelnen wurden durch die Unternehmen genannt (ebenda, 4-11):

- Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Informationen, nicht nur über Marktchancen und potenzielle Geschäftspartner, sondern auch über die einschlägigen rechtlichen Anforderungen;
- Aufwendige und komplexe Verwaltungsverfahren, wenn es um den Verkauf von Waren oder Dienstleistungen in einem anderen Mitgliedstaat geht;
- Ungleicher Zugang zu öffentlichen Aufträgen;
- Ineffizienzen aufgrund zusätzlicher technischer Anforderungen, Standards und anderer Vorschriften in bestimmten Branchen auf nationaler Ebene (im Gegensatz zu EU-weiten Anforderungen);
- Probleme im Zusammenhang mit Zugangsvoraussetzungen und Ausübungsanforderungen für Dienstleistungen in Bezug auf bestimmte Tätigkeiten oder Berufe;
- Ablehnung oder Umleitung grenzüberschreitender Kaufanfragen;
- Aufwendige Verfahren aufgrund unterschiedlicher Steuersysteme und -verwaltungen;
- Probleme bei der Beilegung von Handelsstreitigkeiten/zivilrechtlichen Streitigkeiten und beim Inkasso;
- Probleme bei der Registrierung einer Geschäftstätigkeit in einem anderen Mitgliedstaat;
- Probleme durch Qualifikationsdefizite und Missverhältnisse zwischen Qualifikationsangebot und -nachfrage;
- Sprachbarrieren als Hindernis.

¹ Die Angaben beziehen sich dabei noch auf die EU28.

Zudem kommt ein Gutachten der Expertenkommission Forschung und Innovation, EFI, zu dem alarmierenden Schluss, dass die EU27 drohen, die Beherrschung wichtiger vor allem digitaler Schlüsseltechnologien zu verlieren (EFI, 2022). Die Vervollständigung des Binnenmarkts im Bereich der digitalen Technologien hat das Potenzial mit 415 Milliarden EUR zum europäischen BIP beizutragen (European Parliamentary Research Service, 2015). Die Datenwirtschaft in der EU macht derzeit etwa drei Prozent des BIP aus und kann sich bis zum Jahr 2025 auf vier Prozent des BIP steigern lassen (Europäische Kommission, 2020).

Die Regulierung der Digitalisierung im Ausland ist besonders relevant für international tätige europäische Unternehmen. Die Herangehensweisen der EU, der USA und Chinas unterscheiden sich hier merklich: Die EU orientiert sich an einem Ausgleich zwischen dem Schutz von Konsumenteninteressen und der Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Sie strebt an, frühzeitig in Märkte einzugreifen und hat im Digital Markets Act sogar eine ex ante Regulierung bestimmter digitaler Märkte vorgeschlagen. Mit der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) hat sie eine Blaupause für eine umfassende Regulierung der Nutzung personenbezogener Daten geschaffen. Im Gegensatz dazu ist die Regulierung der Digitalisierung in den USA bislang zurückhaltend. Das Leitbild der USA ist die Marktfreiheit. Chinas Digitalregulierung ist Teil einer umfassenden Strategie, welche die Rolle der digitalen Sphäre für nationale Sicherheit und die politische Einflussnahme des Staates auf Wirtschaft und Gesellschaft in den Mittelpunkt stellt. In den letzten Jahren hat China deshalb eine große Anzahl an Gesetzen entworfen und verabschiedet, welche unter anderem die Sicherheit im Internet und die Nutzung von Daten umfassend regulieren (Shi-Kupfer/Ohlberg, 2019; Demary et al., 2021). Die chinesische Digitalregulierung bedeutet für die Unternehmen mit Geschäftsbeziehungen nach oder Produktion in China umfassende Kosten der Compliance sowie Sanktionsrisiken bei (vermeintlichen) Verstößen. China hat die Regulierung der digitalen Sphäre noch nicht beendet. Mit dem Personal Information Protection Law (PIPL) tritt im November 2022 das nächste entsprechende Gesetz in Kraft. Für Unternehmen mit Geschäftsbeziehungen zu China bleibt das Thema damit herausfordernd. Es ist offensichtlich, dass sich viele Vorgaben und Vorgehensweisen Chinas nicht mit europäischen Werten und Normen vereinbaren lassen. Gleichzeitig hat China als Absatz- und Beschaffungsmarkt sowie als Produktionsstandort einen relevanten Stellenwert für europäische Unternehmen (Demary et al., 2021).

Entscheidender Ansatzpunkt in der Digitalisierungspolitik der EU ist der Ausbau der digitalen Infrastruktur. Mit der European Digital Industry Alliance (DIA), einer Struktur bestehend aus sechs europäischen Clustern mit über 850 Unternehmen ist ein Rahmen dafür geschaffen worden. Und mit einer neuen Europäischen Standardisierungsstrategie wird der wachsenden wirtschaftlichen Bedeutung von Normen und (technischen) Standards Rechnung getragen. Auch öffentliche Finanzmittel der EU, zum Beispiel das Konjunkturpaket „NextGenerationEU“ mit einem Gesamtumfang von 750 Milliarden EUR und der Mitgliedstaaten sind u.a. für die Digitalisierung bereitgestellt worden. Ein zentrales Projekt der EU ist dabei der Chips Act, mit dem die EU sich selbst das Ziel setzt, bis 2030 den weltweiten Anteil der EU an der Mikrochip-Produktion von derzeit 10 auf 20 Prozent zu erhöhen. Um dieses Ziel zu erreichen, will die EU über 43 Mrd. EUR durch öffentliche (11 Mrd. EUR) und private Investitionen mobilisieren. Während die Rolle digitaler Technologien mit Blick auf die globale Wettbewerbsfähigkeit kaum überschätzt werden kann, wirft diese Initiative die Frage auf, ob die aktuellen EU-Regeln zu staatlicher Beihilfe noch zeitgemäß sind, wenn es um die Finanzierung bestimmter kritischer Technologien und Kapazitäten geht (Röhl/Rusche, 2022). Denn im Chips Act sowie in anderen „Important Projects of Common European Interest (IPCEI)“ werden den Mitgliedsstaaten Möglichkeiten zur Zuschussung von Projekten eingeräumt, die sonst Unternehmen nicht zur Verfügung gestellt werden dürfen (Regelung nach Artikel 107(3)(c) im Vertrag über die Funktionsweise der EU).

Im Kontext der IPCEIs wird das unter der Bedingung genehmigt, dass es sich um große, integrierte grenzüberschreitende Projekte handelt, die in bestimmten Schlüsselsektoren ein Marktversagen auffangen und zentrale Innovationen ermöglichen bzw. wenn es sich um wichtige Infrastrukturprojekte für die europäische Wirtschaft handelt.

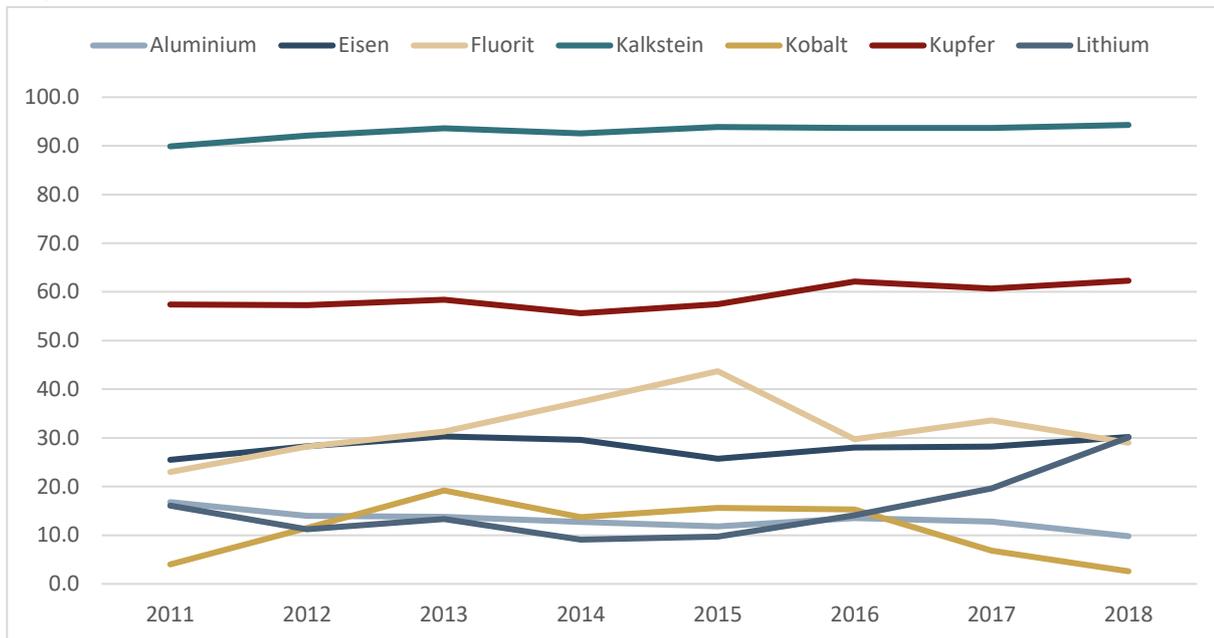
Aufgabenteilung zwischen Staat und Markt

Der vervollständigte Binnenmarkt böte deutlich weitere Potenziale. Über ihn ließen sich europäische Standards weltweit etablieren, die die Bedürfnisse der europäischen Wirtschaft oder die Prinzipien der EU widerspiegeln (BDI, 2021, 4). Ein vervollständigter Binnenmarkt kann auch die Verhandlungsposition der Europäischen Union sowie der Mitgliedsstaaten bei Vereinbarungen mit internationalen Unternehmen sowie Staaten- und Staatengruppen, z.B. bezüglich Zugängen zu knappen Ressourcen, stärken. Bei der Entwicklung und Nutzung von Technologien im Kontext der Kreislaufwirtschaft, ein Sektor, der laut Berechnungen der Europäischen Kommission immerhin 0,5 Prozent zusätzlichen BIP-Wachstums ermöglichen kann, bestehen im Binnenmarkt ebenfalls noch Kooperationspotenziale (Europäische Kommission, 2015).

Welche Möglichkeiten die EU hat, um globale Entwicklungen im Kontext einer immer deutlicheren, systemischen Rivalität insbesondere mit China im Interesse ihrer Mitglieder und der europäischen Unternehmen zu beeinflussen, ist eine offene Frage. Im Konzept der „offenen strategischen Autonomie“ spiegelt sich der Wunsch der EU wider, auf der internationalen Bühne einen eigenen Kurs zu bestimmen und durch Führungsstärke und Engagement die Welt im Sinne der Interessen und Werte Europas zu gestalten (Europäische Kommission, 2021). Die relative Position Europas in der Weltwirtschaft wird sich ändern. Bereits 2024 dürften 85 Prozent des weltweiten BIP-Wachstums außerhalb der EU generiert werden (ebenda). Der Mangel an Rohstoffen und natürlichen Ressourcen in der EU kann nur durch einen offenen und unverzerrten Zugang zu internationalen Märkten ausgeglichen werden. Eine effizientere Nutzung von Rohstoffen und Materialien ist Ziel der EU-Strategie zur Kreislaufwirtschaft. Doch zeigt das Circular Economy Dashboard des Joint Research Centre (Eurostat, 2022; Abbildung 4-1), dass die EU bei vielen Rohstoffen keine Selbstversorgung ermöglichen kann. Über den Zeitraum 2011-2018 beispielsweise, ließ sich bei vielen Materialien keine signifikante Veränderung in der Versorgungssituation erkennen. Einzig beim Rohstoff Lithium ist eine leichte Verbesserung zu verzeichnen.

Abbildung 4-1: Anteil der EU-Produktion am Verbrauch ausgewählter Rohstoffe 2011 bis 2018

Angaben in Prozent



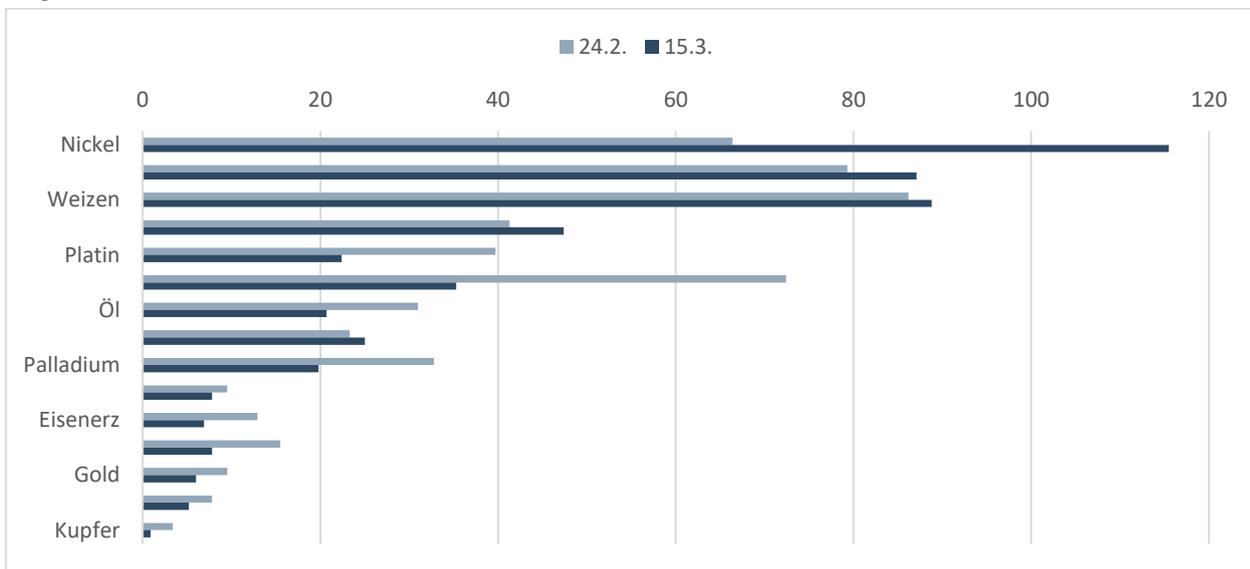
Quelle: https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/cei_pc010/default/table?lang=en Eurostat (2022) ; eigene Darstellung

Hier stellt sich die Frage nach der Aufgabenverteilung zwischen Staat und Unternehmen. Letztere spielen die Schlüsselrolle bei der Gestaltung der Liefer- und Wertschöpfungsketten und beispielsweise auch bei der Entwicklung und dem Einsatz von Recycling-Technologien, aber der Staat kann und muss stabile, berechenbare und transparente Handelsregeln schaffen. Staatliche Aufgabe ist zudem die Sicherstellung der Standortfunktionalität, insbesondere mit Blick auf die Infrastruktur sowie auf ein regulatorisches Umfeld, das Unternehmen und Investoren Planungssicherheit bietet. Beide Akteure haben ein Interesse an der Ermittlung und Reduzierung strategischer Abhängigkeiten. Im Business Survey der EU-Kommission für das erste Quartal 2022 nennen über die Hälfte der europäischen Unternehmen Lieferprobleme bei Materialien und Ausrüstungen als Hauptsorge (Europäische Kommission, 2022). Diese Engpässe haben eine deutlich negative Auswirkung auf die wirtschaftliche Entwicklung der EU, weil sie u.a. Betriebsabläufe aus dem Gleichgewicht bringen (Baldwin/Freeman 2020). Auch die Ergebnisse der Herbstprognose 2021 der EU-Kommission zeigen, dass die Material- und Ausrüstungsengpässe die europäische industrielle Produktion deutlich stärker beeinträchtigen, als Nachfrage oder Verfügbarkeit von Arbeitskräften. Damit bestätigt sich, dass der Zugang zu natürlichen Ressourcen einen wichtigen Standortnachteil für die EU darstellt. Auch die reduzierte Lagerhaltung, die über die letzten Dekaden zunehmend als unwirtschaftlich angesehen wurde, sowie eine fehlende regionale Diversifizierung der Lieferstrukturen stellen sich derzeit als problematisch heraus.

Die wirtschaftlichen Folgen für die Unternehmen in der EU aufgrund des Ukraine-Krieges, lassen sich derzeit noch nicht in vollem Umfang erkennen. Klar ist, dass es eine hohe Verunsicherung der Unternehmen gibt, insbesondere durch wegfallende Zulieferungen von Vorleistungen oder Rohstoffen aus der Krisenregion. Damit einher gehen höhere Energie- und Rohstoffkosten wegen global steigender Knappheiten oder eingeschränkter Logistik und nicht zuletzt auch wegen der Sanktionen auf russische Banken, Unternehmen und politische Akteure. Der Zwischenbericht für März 2022 der OECD (2022f) zeigt vor allem den hohen Anstieg der Rohstoffpreise, der europäische und deutsche Unternehmen, beispielsweise im Bereich der Stahl- oder Batterieherstellung, die auf Nickel als Rohstoff angewiesen sind, stark belasten und damit große Auswirkungen auf die Automobilbranche haben werden.

Abbildung 4-2: Preisanstieg von Rohstoffen aus Russland und der Ukraine im Vergleich zum Durchschnittspreis Januar 2022

Angaben in Prozent



Quelle: OECD (2022f); eigene Darstellung

5 Fazit

Die Wettbewerbsfähigkeit der EU, gemessen an den Faktoren staatliche Strukturen, Infrastruktur, verfügbares Wissen, natürliche und finanzielle Ressourcen, Kostenstrukturen sowie Marktattraktivität und betrachtet im Vergleich mit China und den USA, nimmt derzeit messbar ab. Internationale Investoren bevorzugen den amerikanischen Markt, insbesondere aufgrund der besseren Verfügbarkeit von natürlichen und finanziellen Ressourcen.

Die Wirtschaftsakteure innerhalb der EU, insbesondere im Bereich Industrie, sehen sich durch anhaltende Lieferengpässe beeinträchtigt. Im Vergleich mit China und den USA ist die EU mit Blick auf die Rohstoffverfügbarkeit auf eigenem Territorium strukturell im Nachteil und muss sich auf offene Weltmärkte verlassen. Im Gegenzug kann sie jedoch über ihren Binnenmarkt und den Zugang zu kaufkräftigen Konsumenten punkten. Dennoch besteht gerade bei dessen Ausgestaltung deutliches Wachstums- und Verbesserungspotenzial. Dies gilt sowohl für die Vereinheitlichen von Verfahren und administrativen Anforderungen, als auch für den Gesamtbereich des digitalen Binnenmarkts. Er sollte prioritär vertieft werden, um den Unternehmen einfachere und umfangreichere Absatzmöglichkeiten zu bieten, aber auch, um darauf basierend internationale Standards durchsetzen zu können.

Die EU sollte sich nicht auf einen Subventionswettbewerb einlassen, sondern sich darauf fokussieren, einen sicheren Rechtsrahmen für nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung und für grenzüberschreitende Kooperationen innerhalb der EU sowie eine funktionierende und leistungsfähige Infrastruktur zu schaffen. Dazu gehört auch, transparente und stabile Handelsregeln zu schaffen und durchzusetzen und den Gestaltungsspielraum der staatlichen Beihilferegeln der EU auszuschöpfen.

Für die künftige Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie wird von großer Bedeutung sein, wie gut die Transformation hin zu einer dekarbonisierten, material- und ressourceneffizienten Produktion gelingen und wie rasch und umfangreich der europäische Binnenmarkt vertieft werden kann.

Abstract

European competitiveness, Exploiting potential for sustainable growth

The EU's position as a major global economic power is increasingly under threat. On the one hand, this is a consequence of the crises that the EU has faced in the last two decades. In particular, these include the global financial crisis (2007-2009), the euro crisis (2010-2012), the refugee crisis (2015-2016), Brexit (2016-2020), the Corona pandemic since 2020 and the war in Ukraine from 2022. On the other hand, however, global competitors, above all the USA and China, have also been able to distance themselves from the EU regarding a number of relevant competitive factors. In other words, the EU's share of global GDP has fallen in recent years because other countries have grown faster. The USA, even with its smaller population than the EU, has a larger share of global economic output. The People's Republic of China has been steadily catching up in terms of per capita economic output since 1999. It started at around eight percent of the U.S. level and was at around 27 percent in 2020.

These observations are complemented by a comparative analysis of private household consumption expenditure, which has grown significantly faster in the USA and China than in the EU. It would appear, therefore, that significantly less is being invested in the EU than in these other regions of the world. This raises the question of the EU's locational quality and how it can better position itself in the international competition for investment.

The relevant indicators in assessing the EU's competitiveness are the quality of government structures and infrastructures, available knowledge, access to natural and financial resources, cost structures and market size and purchasing power. The analytical focus of this paper is on industry, which is of particular importance for economic development in Europe and the investment dynamics of the European economies. The IW Location Index, which looks at the industrial location quality for 45 industrialized and emerging economies, clearly shows that the USA is overall the more attractive investment location for industry compared with Europe. Especially the gap in the availability of natural and financial resources is above average. Access to cheap raw materials and energy sources is an important location factor for the USA that is difficult to catch up with, but Europe's chronic lag in corporate financing could be remedied and its human resources improved.

The EU Commission's International Digital Economy and Society Index (I-DESI) paints a similar picture. In the five factors examined, connectivity, digital skills, internet use, digital technology and public digital services, the EU performs significantly worse on average than the USA and is only just ahead of China.

In order to catch up with the world leaders in the industrial sector, but also in the mastery of important digital key technologies, a study by the European Parliamentary Research Service (2019) concludes that the completion of the EU internal market alone promises an additional potential of 713 billion euros or almost five percent of the EU gross domestic product (GDP) of 2017. Overall, there is potential of up to 2.2 trillion Euros or around 14 percent of GDP. In view of the below-average development of the economic performance of the EU27 countries compared with the USA and the world, it is essential that this potential and the expansion of the digital single market in particular be exploited. Access to natural raw materials remains a fundamental disadvantage of the EU and is becoming increasingly difficult, also against the backdrop of the Ukraine war. Here, the EU and its member states must take action as a matter of priority, reduce strategic, one-sided interdependencies and support diversification opportunities for companies.

Tabellenverzeichnis

Tabelle 3-1: Länder im IW-Standortindex	9
Tabelle 3-2: EU im IW-Standortindex	11

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 2-1: Anteil der EU27-Staaten, USA, Großbritanniens, Japans und Chinas am weltweiten Bruttoinlandsprodukt (BIP) 1999-2020	5
Abbildung 2-2: BIP pro Kopf in der EU27, Japan, Großbritannien, den USA und China 1999-2020	6
Abbildung 2-3: Konsumausgaben privater Haushalte in den EU27-Staaten, den USA, China, Japan und Großbritannien 1999-2020	7
Abbildung 3-1: Normalisierter Gesamtscore im International Digital Economy and Society Index (I-DESI) 2015 bis 2018 für die EU27, China, Japan, die USA und das Vereinigte Königreich	12
Abbildung 3-2: Anteil der EU27-Staaten, der USA, UK, Japan und China an den weltweiten Bruttoinvestitionen 1999-2020	13
Abbildung 3-3: Anteil in Prozent der Bruttoanlageninvestitionen des Staates, der Unternehmen und der Haushalte in der EU27, USA, UK, Japan und China* 2020	14
Abbildung 3-4: Anteil von Patentinhabern aus Japan, Großbritannien, den USA, China und den EU27-Staaten an allen IP5 Patenten* 1999-2018	15
Abbildung 4-1: Anteil der EU-Produktion am Verbrauch ausgewählter Rohstoffe 2011 bis 2018	19
Abbildung 4-2: Preisanstieg von Rohstoffen aus Russland und der Ukraine im Vergleich zum Durchschnittspreis Januar 2022	20

Literaturverzeichnis

Arrow, Kenneth J., 1962, Economic Welfare and the Allocation of Resources for Invention, in: Nelson, Richard (Hrsg.), The Rate and Direction of Inventive Activity, Princeton, S. 605–625

Baldwin, Richard / Freeman, Rebecca, 2020, Supply Chain Contagion Waves: Thinking Ahead on Manufacturing Contagion and Reinfection from the COVID Concussion, <https://voxeu.org/article/covid-concussion-and-supply-chain-contagion-waves> [22.3.2022]

Bähr, Cornelius / Millack, Agnes, 2018, IW-Standortindex: Deutschland auf Rang 3, in: IW-Trends, 45. Jg., Nr. 1, S. 3–29

Boarini, Romina / Johansson, Asa / d’Ercole, Marco Mira, 2006, Alternative Measures of Well-Being, OECD Social, Employment and Migration Working Papers, No. 33, Paris

BDI - Bundesverband der Deutschen Industrie, 2021, Europas Zukunft sichern, Den Binnenmarkt zum Wachstumsmotor der EU machen, Berlin

Demary, Vera / Matthes, Jürgen / Plünnecke, Axel / Schaefer, Thilo, 2021, Gleichzeitig: Wie vier Disruptionen die deutsche Wirtschaft verändern. Herausforderungen und Lösungen, IW-Studie, Köln

Destatis, 2022, Bruttoanlageinvestitionen, <https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Volkswirtschaftliche-Gesamtrechnungen-Inlandsprodukt/Glossar/bruttoanlageinvestitionen.html> [14.3.2022]

Europäische Kommission, 2015, Closing the loop - An EU action plan for the Circular Economy, Brussels

Europäische Kommission / Internationaler Währungsfonds / Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung / Vereinte Nationen / Weltbank, 2009, System of National Accounts 2008, <https://unsstats.un.org/unsd/nationalaccount/docs/sna2008.pdf> [14.3.2022]

Europäische Kommission, 2020, Hindernisse für den Binnenmarkt ermitteln und abbauen, Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, COM(2020) 93 final, Brüssel

Europäische Kommission, 2021, Überprüfung der Handelspolitik – Eine offene, nachhaltige und entschlossene Handelspolitik, <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:52021DC0066> [22.3.2022]

Europäische Kommission, 2022, Business and Consumer survey, February 2022, https://ec.europa.eu/economy_finance/db_indicators/surveys/documents/2022/bcs_2022_02_en.pdf [22.3.2022]

European Parliamentary Research Service, 2015, Mapping the Cost of Non-Europe, 2014-19, third edition April 2015, [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2015/536364/EPRS_STU\(2015\)536364_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2015/536364/EPRS_STU(2015)536364_EN.pdf) [22.3.2022]

European Parliamentary Research Service, 2019, Europe's two trillion euro dividend, Mapping the Cost of Non-Europe, 2019-24, [https://www.europarl.europa.eu/thinktank/en/document/EPRS_STU\(2019\)631745](https://www.europarl.europa.eu/thinktank/en/document/EPRS_STU(2019)631745) [22.3.2022]

Eurostat, 2022, EU self-sufficiency for raw materials, online data code: CEI_PC010, abgerufen am 22.3.2022

EFI - Expertenkommission Forschung und Innovation, 2022, Gutachten zu Forschung, Innovation und technologischer Leistungsfähigkeit Deutschlands 2022, Berlin

Foley, Paul / Gemmill, Alexandra / Patel, Selina / Potter, Richard / Sutton, David, 2020, International Digital Economy and Society Index 2020, Final Report, Luxemburg

Handler, Heinz, 2022, Krisengeprüftes Europa – auf dem Weg zu einer Patchwork-Union?, in: Wirtschaftsdienst, 102. Jg., Nr. 2, S. 139-146

IW – Institut der deutschen Wirtschaft / IW Consult (Hrsg.), 2013, Industrielle Standortqualität. Wo steht Deutschland im internationalen Vergleich?, Köln

- OECD, 2022a, Household spending (indicator), doi: 10.1787/b5f46047-en, abgerufen 7.3.2022
- OECD, 2022b, IP5 Patent families, Inventor(s)'s country(ies) of residence, abgerufen am 8.3.2022
- OECD, 2022c, Level of GDP per capita and productivity, abgerufen am 9.3.2022
- OECD, 2022d, Gross capital formation (% of GDP), abgerufen am 9.3.2022
- OECD, 2022e, Investment by sector (indicator), abgerufen am 11.3.2022
- OECD, 2022f, Economic and Social Impacts and Policy Implications of the War in Ukraine, Economic Outlook, Interim Report March 2022, Paris
- Röhl, Klaus-Heiner / Rusche, Christian, 2022, Der EU-Chips-Act – Eine Chance für Halbleiter aus Europa, IW-Kurzbericht, Nr. 7, Köln
- Schumpeter, Joseph Alois, 1911, Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, Neuauflage von Röpke, Jochen / Stiller, Olaf (Hrsg.), 2006, Berlin
- Shi-Kupfer/Ohlberg, 2019, China's digital rise, Challenges for Europe, https://meric.org/sites/default/files/2020-05/MPOC_No.7_ChinasDigitalRise_web_final_1.pdf [22.3.2022]
- Yalcin, Erdal / Felbermayr, Gabriel / Kinzius, Luisa, 2017, Hidden Protectionism: Non-Tariff Barriers and Implications for International Trade, Study on Behalf of the Bertelsmann Foundation, ifo Forschungsberichte, Nr. 91, München
- vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. (Hrsg.), 2021, Industrielle Standortqualität Bayerns im internationalen Vergleich, vbw Studie, erstellt von der Institut der deutschen Wirtschaft Consult GmbH, München
- Weltbank, 2022a, World Development Indicators, GDP (Current US\$), abgerufen am 8.3.2022
- Weltbank, 2022b, World Development Indicators, GDP per capita (current US\$), abgerufen am 6.1.2022
- Weltbank, 2022c, World Bank national accounts data, Gross capital formation (% of GDP), abgerufen am 8.3.2022